

Lohn der Klarheit

Am 17. November 1918 wurde die Kommunistische Partei Griechenlands gegründet. Nach entschlossenem Kampf gegen Besatzung und Faschismus wird bis heute ihre Prinzipienfestigkeit von der Bevölkerung honoriert

Von Martin Seckendorf



Wachsender Einfluß auf die Politik des Landes: Die KKE zählt in Griechenland zu den führenden Kräften gegen die NATO- und EU-Politik der Regierung (Athen, 24.4.2006)
Foto: KKE

Bis zum Ersten Weltkrieg gab es in Griechenland keine landesweite sozialistische Organisation. In örtlichen und regionalen Zusammenschlüssen versuchte die zahlenmäßig schwache Arbeiterklasse, häufig noch in Anlehnung an liberale bürgerliche Kräfte, ihre Interessen zu artikulieren und zu vertreten.

Die Greuel des Krieges, die Verelendung breiter Massen und die weitere Verbreitung sozialistischer Literatur ließen das Klassenbewußtsein schnell wachsen. Entscheidende Impulse für die Gründung einer panhellenischen proletarischen Partei kamen vom Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Auf einer Konferenz von Gewerkschaftern und Sozialisten im Piräus wurde am 17. November 1918 die Sozialistische Arbeiterpartei Griechenlands (griechisch: SEKE) gegründet, die bald der Dritten Kommunistischen Internationale beitrug und sich 1924 in Kommunistische Partei Griechenlands (griechisch: KKE) umbenannte. Der Gründungsparteitag faßte weitreichende, nachhaltige Beschlüsse. Die Delegierten entschieden, daß die Neugründung eine revolutionäre Partei sein sollte, die die Arbeiterbewegung vom Einfluß der Bourgeoisie befreite und den sozialdemokratischen Reformismus ablehnte.

Ziel war der Sturz des Kapitalismus, die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, das im Gründungsdokument als »Quelle der Verarmung und Versklavung der Arbeiterklasse« gesehen wurde, und der Aufbau einer Gesellschaftsordnung nach den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus. Sie werde nicht nur das Proletariat, sondern auch alle anderen unterprivilegierten Schichten von Ausbeutung und Unterdrückung befreien. Ein prägender Beschluß des Gründungskongresses war das Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus, zur Solidarität mit allen antiimperialistischen Kräften, allen Ausgebeuteten und Unterdrückten sowie die Ablehnung imperialistischer Interventionen und Aggressionen.

Die Delegierten waren sich bewußt, daß der Weg zum Sozialismus langwierig sein werde. In Griechenland, mit seinen wenig entwickelten industriellen Strukturen, durchsetzt mit feudalen, autokratischen Elementen, mußten erst politische

Verhältnisse erkämpft werden, die der Arbeiterbewegung die Wahrnehmung demokratischer Rechte und Freiheiten ermöglichten. Im Gründungsdokument heißt es: »Die Arbeiterklasse kann ohne politische Rechte nicht für ihre ökonomischen Interessen oder für die Weiterentwicklung ihrer ökonomischen Organisation kämpfen; sie kann ihre historische Mission der Befreiung des Proletariats und aller Ausgebeuteten und Armen nicht erfüllen ohne den Besitz der politischen Macht.«

Der Gründungsparteitag verabschiedete ein Sofortprogramm für die demokratische Erneuerung Griechenlands, das für die damalige Zeit Aufsehen erregende Forderungen enthielt. Verlangt wurden die grundlegende Demokratisierung und Dezentralisation der Gesetzgebung, der öffentlichen Verwaltung und des Gerichtswesens, das aktive und passive Wahlrecht auch für Frauen sowie die Möglichkeit der Durchführung von Volksabstimmungen. Die Armee sollte abgeschafft und durch demokratisch kontrollierte Volksmilizen ersetzt werden. Außerdem wurden Versammlungs- und Kooperationsfreiheit ohne Eingriffsmöglichkeiten des Staates, die Garantie persönlicher Freiheit, Pressefreiheit, Verbot jeder Zensur sowie strikte Trennung von Staat und Kirche auch in der Volksbildung sowie im Ehe- und Familienrecht gefordert. Mann und Frau sollten in allen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen gleichberechtigt sein. Richter mußten vom Volk ernannt, die allgemeine Schulpflicht eingeführt werden. Verlangt wurden die Abschaffung aller indirekten Steuern und der Steuern auf grundlegende Bedarfsartikel, die Staffelung der Steuern auf Einkommen und Kapital sowie die kostenlose medizinische und pharmazeutische Versorgung. Der demokratische Staat sollte an den Profiten des Großkapitals beteiligt werden. Den Großgrundbesitz und die Klöster wollte man enteignen und das Land bäuerlichen Kooperativen übergeben. Schließlich wurde eine konsequente Friedens- und Verständigungspolitik sowie das Verbot der Geheimdiplomatie und geheimer zwischenstaatlicher Verträge gefordert. Das Zentralkomitee der KKE schätzte in einer Erklärung vom Oktober 2007 ein, im November 1918 sei zum ersten Mal in Griechenland eine gesamtstaatliche Partei entstanden, »die sich die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zum Ziel gesetzt hatte«.

Gegen den drohenden Faschismus

Die auf dem Gründungskongreß beschlossene Ablehnung imperialistischer Kriege wurde bereits ein Jahr später auf eine harte Probe gestellt. Mit britischer Rückendeckung versuchten die reaktionären Machthaber in Athen, große Gebiete der Türkei in Kleinasien zu annektieren. Die junge Partei, die sich noch in einem komplizierten ideologischen Klärungsprozeß befand, stellte sich gegen die Annexionspläne. Sie betrieb antimilitaristische Propaganda und forderte die Soldaten auf, zu desertieren oder die Waffen gegen die royalistischen Offiziere zu richten.

Der Versuch, die großgriechischen Pläne, die megali idea, zu verwirklichen, endete 1922 im militärischen Desaster. Zu den »normalen« Opfern und Lasten, die die Bevölkerung in solchen Fällen zu tragen hat, kam, daß das verarmte Land 1,4 Millionen Griechen aufnehmen mußte, die im Gefolge des verlorenen Krieges aus Kleinasien vertrieben worden waren.

Als in Deutschland die faschistische Diktatur errichtet worden war, übte die KKE Solidarität mit den deutschen Werktätigen – ein weitgehend in Vergessenheit geratener Vorgang in den deutsch-griechischen Beziehungen. In Telegrammen an

die Deutsche Gesandtschaft in Athen protestierten Mitglieder und Sympathisanten der KKE gegen die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung und die Verfolgung ihrer Mitglieder. Überall kam es zu Kundgebungen. Die von der KKE initiierte Protestbewegung veranlaßte die Deutsche Gesandtschaft am 18. März 1933, vom griechischen Außenministerium Maßnahmen gegen die »verleumderische Darstellung der Vorgänge in Deutschland« zu fordern. Die griechische Regierung ging rigoros gegen Antifaschisten vor und verbot im Juni 1933 »antideutsche« Kundgebungen. Die Behörden konnten die Bewegung jedoch nicht unterbinden. Im Oktober 1934 gelang der Partei die Durchführung eines großen antifaschistischen Kongresses. Wegen der Aktivitäten der KKE wurde auf Drängen der Deutschen Gesandtschaft ein für Mai 1935 vorgesehener Besuch von Hermann Göring, dem mächtigsten Mann in Deutschland nach Hitler, in Griechenland abgesagt.

Kurze Zeit danach, am 4. August 1936, kam Griechenland selbst unter die monarcho-faschistische Diktatur des Generals Ioannis Metaxas, einem Absolventen der Preußischen Kriegsakademie. Erklärtes Ziel war die Liquidierung des »Kommunismus«. Tausende Mitglieder der KKE, darunter fast die gesamte Führungsriege, kamen ins Gefängnis oder wurden auf Verbannunginseln deportiert.

Ab dem 6. April 1941 unterwarf die Wehrmacht in einem dreiwöchigen »Blitzkrieg« Griechenland. Die Griechen nahmen die Unterdrückung und ungeheure Ausbeutung, die in kurzer Zeit zu einer Hungersnot mit Hunderttausenden Toten führte, nicht hin. Es regte sich Widerstand, der in bewaffnete Aktionen gegen die Besatzer überging. Dabei trat nach Erkenntnissen der deutschen Militärs die in der Metaxas-Diktatur fast zerriebene KKE als Initiator und Organisator auf.

Am 1. Juli 1941 hatte die Partei eine Plattform für den Befreiungskampf veröffentlicht. Sie rief »das griechische Volk, all seine Parteien und Organisationen zur Schaffung der nationalen Einheitsfront auf«. Ein breites, klassenübergreifendes Bündnis sollte die Vertreibung der Besatzer und ihrer Helfer erkämpfen und schließlich eine provisorische Regierung aus allen antifaschistischen Parteien bilden, »die die demokratischen Freiheiten des Volkes herstellen (...) und die nationale Unabhängigkeit des Landes verteidigen wird«. Es müsse gesichert werden, daß das Volk seinen Willen ohne ausländische Einmischung und ohne terroristische Maßnahmen der inneren Reaktion frei artikulieren könne. Die Partei wies aber darauf hin, »daß letztlich nur die Volksmacht der Arbeiter und Bauern die Nation von den Leiden der imperialistischen Kriege befreit, das Land den Bauern gibt, die Nation von fremder Abhängigkeit und Ausbeutung befreit und das arbeitende Volk frei, satt und glücklich macht«.

An der Spitze des Partisanenkampfs

»Keine Befreiung des Proletariats ohne Besitz der politischen Macht«: Im Piräus gründete sich die Sozialistische Arbeiterpartei Griechenlands
Foto: KKE

Diese neue, sozialistische Gesellschaftsordnung sollte erst nach dem Sieg über den Faschismus auf einem in freier Selbstbestimmung gewähltem Weg entstehen. Jetzt aber komme es auf die »Befreiung von der Sklaverei Hitlers und Mussolinis« an. »Dies



ist das erste, und dafür geben die Kommunisten aufrichtig ihr Leben«, heißt es in Erklärungen der KKE vom März und Juni 1942. Das eigenständig entwickelte dialektische Konzept des Kampfes um die nationalen Einheitsfront und zur Zusammenführung des Kampfes für nationale Befreiung und demokratische Erneuerung mit dem Kampf gegen den Kapitalismus, für die Errichtung des Sozialismus stellt einen Höhepunkt im marxistischen Denken in Griechenland dar. Die Partei unternahm große Anstrengungen, die Einheitsfront zu bilden. Einen entscheidenden Erfolg erreichte sie mit der Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung in der Nationalen Arbeiterbefreiungsfront. Appelle an die großen bürgerlichen Parteien blieben dagegen wegen deren Antikommunismus unerhört.

Trotzdem kam es am 27. September 1941 zur Bildung der Nationalen Befreiungsfront (EAM), der sich neben der Nationalen Arbeiterbefreiungsfront vier weitere kleine Parteien anschlossen. Die führende Kraft in dieser Koalition war die KKE. Vordringliche Aufgaben der EAM waren die politische Mobilisierung des Volkes, die Organisierung des bewaffneten Widerstands und Verteidigung der alltäglichen Interessen des Volkes. EAM organisierte Streiks für höhere Löhne und Lebensmittelzuteilungen, gegen Massenerschießungen und Deportationen zur Zwangsarbeit. Sie schuf Suppenküchen und andere Hilfseinrichtungen, um die größte Not zu lindern. Dies und der konsequente Kampf gegen Besatzer und Kollaborateure wiesen die EAM als nationale, volksnahe Kraft aus und brachte ihr riesigen Zulauf.

Es setzte ein Prozeß ein, der – von der KKE ursprünglich so nicht geplant – zur Bildung einer Volksfront von »unten« führte. Während die Spitzen der bürgerlichen Parteien die Zusammenarbeit mit der EAM verweigerten und sehr spät, dazu zögerlich den Kampf gegen die Okkupanten aufnahmen, aber bald mit den Faschisten kollaborierten, strömten deren Anhänger massenhaft zur Einheitsfront. 1944 hatte EAM 1,6 Millionen Mitglieder (bei 6,5 Millionen Einwohnern). In den befreiten Gebieten etablierte EAM demokratisch legitimierte öffentliche Verwaltungen und anerkannte Justizorgane.

Im Februar 1942 schuf die KKE die griechische Volksbefreiungsarmee (ELAS), die zu einer der größten und militärisch effizientesten Partisanenarmeen im Zweiten Weltkrieg heranwuchs. Wegen ihrer Rolle im Befreiungskampf und bei der Demokratisierung der befreiten Gebiete gewann die Kommunistische Partei in der Bevölkerung enormes Ansehen. Die KKE wurde zur Massenpartei. Selbst die Besatzer mußten die große Resonanz der KKE im griechischen Volk anerkennen. Der Befehlshaber Südgriechenland schrieb am 5. Juli 1943: »Durch ihre unstrittig großen politischen Erfolge hat die kommunistische Bewegung in ganz Griechenland, besonders aber in und um Athen, an Stärke, an Schlagkraft und vor allem an Ansehen gewonnen.«

Imperialismus unterschätzt

Im Frühjahr 1943 kam es zu Veränderungen in der Okkupationspolitik, die auch den griechischen Widerstand tangierten. Die Deutschen sahen sich einem Anschwellen des Partisanenkampfs gegenüber und stellten fest, daß die Hauptkraft dieser Entwicklung die KKE war. Zu mehr als 90 Prozent sei der Widerstand »kommunistisch beeinflusst«, lautete die Einschätzung schon im April 1943. Gleichzeitig wurde eine Landung der Alliierten in Griechenland immer

wahrscheinlicher. Um den Rücken für die kämpfenden Truppen im Falle einer alliierten Invasion freizuhalten, wurde die Vernichtung der Partisanen und ihrer Sympathisanten, die Einschüchterung der Bevölkerung durch Massenterror wichtigste militärische Aufgabe der Besatzer. Nach Stalingrad konnten die Deutschen aber nicht mehr Truppen nach Griechenland schicken. Sie entwickelten die Idee, alle antikommunistischen Kräfte Griechenlands zu einen, zu bewaffnen und gegen die ELAS zu führen. Den Faschisten gelang es sogar, die von England zur Eindämmung des Einflusses der KKE und für den Machtkampf im Nachkriegsgriechenland exzellent ausgerüsteten bürgerlich-nationalistischen Partisaneneinheiten in die antikommunistische Einheitsfront zu integrieren. Denn auch die Briten sahen das Anwachsen der KKE mit »Sorge«. Churchill war fest entschlossen, zur Gewährleistung eines kapitalistischen, englandhörigen Nachkriegsgriechenland die KKE mit allen Mitteln, auch mit jenen des Bürgerkrieges, zu vernichten.

Auf Initiative der Deutschen und zunächst unter ihrer Leitung begann im April 1943 in Griechenland ein Bürgerkrieg, der erst 1949 enden sollte. Trotzdem befreite der linke Widerstand immer größere Gebiete. Als Hitlers Soldaten im Spätherbst 1944 abziehen mußten, befanden sich über 90 Prozent des Landes in der Hand der Nationalen Befreiungsfront – ideale Bedingungen, um die Einheitsfrontpolitik in die sozialistische Revolution überzuleiten. Doch die KKE zögerte. Man unterschätzte offenbar die Entschlossenheit und das Betrugspotential des britischen Imperialismus und glaubte, auch Churchill werde sich an die Abmachungen halten und eine freie Selbstbestimmung der Griechen erlauben. Um die Übernahme der Staatsmacht in ganz Griechenland durch die Linkskräfte zu verhindern, landeten ab Oktober 1944 nach Absprachen mit den abziehenden Deutschen britische Truppen an strategisch wichtigen Stellen. Sie etablierten die englandhörige provisorische Regierung, die bisher in Kairo saß. Todesschwadronen der Rechten machten mit Zustimmung der Briten Jagd auf Mitglieder und Anhänger der KKE. Die britischen Truppen, die Kräfte der provisorischen Regierung und paramilitärische Gruppen, die meist schon in deutschen Diensten gewesen waren, versuchten im Dezember 1944, die EAM/ELAS mit Waffengewalt zu entmachten.

Eine neue Phase des Bürgerkrieges begann. Briten und griechische Reaktionäre verfolgten erklärtermaßen das Ziel, »den Kommunismus« physisch zu liquidieren. Die Linkskräfte zogen sich in die Berge zurück und bildeten die Demokratische Armee Griechenlands. Nachdem die Amerikaner den Part der Briten mit Millionen Dollars, neuen Waffen und allen Tricks der psychologischen Kriegführung übernommen hatten, wurden die Linkskräfte 1949 geschlagen. Mit den Besiegten wurde oft kurzer Prozeß gemacht. Noch Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges wurden Kommunisten öffentlich hingerichtet. Tausende Griechen flohen in die sozialistischen Länder. Die Partei mußte in die Illegalität gehen.

Sturz des Kapitalismus

Erst nach dem Sturz des CIA-gestützten Obristenregimes, das Griechenland zwischen 1967 und 1974 terroristisch beherrschte, konnte die Partei wieder legal arbeiten. Die Erfahrungen mit der griechischen Bourgeoisie, dem angloamerikanischen Imperialismus und dem Revisionismus – der Bürgerkrieg bis 1949 war zwar von dem Konservativen Churchill konzipiert und eingeleitet, jedoch von dem sozialdemokratischen Labour-Premier Clement Attlee geführt worden – waren in den für die revolutionären Kräfte auch in Griechenland krisenhaften Jahren

nach 1989 prägend für die KKE. Bourgeoisie und revisionistisch-opportunistische Kreise auch aus den eigenen Reihen drängten die Partei, sich von ihrer Vergangenheit und vom wissenschaftlichen Sozialismus zu distanzieren. Über eine Parteienallianz wollte man die Kommunisten in ein bürgerlich-sozialdemokratisches System einbinden und die Selbständigkeit wie den revolutionären Charakter der KKE aufheben.

Die Partei konnte sich aus dieser vom Zentralkomitee in einer Erklärung vom Oktober 2007 als »ernst« eingeschätzten Situation befreien »wegen ihrer Treue zum Marxismus-Leninismus, ihrer tiefen Verwurzelung in der Arbeiterklasse, ihrer reichen Erfahrungen im Klassenkampf und wegen ihrer Erfahrungen im Kampf gegen den Opportunismus«. In dieser Erklärung heißt es weiter, die KKE werde sich niemals bei der einheimischen und internationalen Bourgeoisie für ihre Geschichte entschuldigen. In den schwierigen Kämpfen der Gegenwart um die ökonomischen und politischen Interessen der Arbeiter und aller Unterprivilegierten steht die KKE in vorderster Front. Sie ist die führende Kraft im Kampf gegen die NATO- und EU-Politik der griechischen Regierung, gegen die imperialistischen Aggressionen auf dem Balkan sowie im Nahen und Mittleren Osten.

Getreu dem Bekenntnis zur internationalen Solidarität unterstützt die KKE die antiimperialistischen Bewegungen, insbesondere in den vom US-Imperialismus stark bedrängten Ländern Lateinamerikas. Fernziel bleibt, wie es im Parteiprogramm von 1996 heißt, »der Sturz des Kapitalismus und der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus«. Diese Klarheit und Prinzipienfestigkeit wird offenbar von den Massen honoriert. Bei den Parlamentswahlen im September 2007 konnte die KKE ihren Stimmenanteil gegenüber 2004 um etwa 2,3 auf 8,2 Prozent erhöhen. Sie ist mit 22 Parlamentssitzen drittstärkste Partei. Die KKE ist fest in der Arbeiterklasse verankert – und was für die Zukunft der ältesten Partei Griechenlands bedeutsam ist – auch in der jungen Generation.

t Dr. Martin Seckendorf ist Historiker und Mitglied der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V.